Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle beschließen,
dem Antrag zu Ziff. 1 in folgender Fassung zuzustimmen:

Die Staatsregierung wird ersucht, zur wirtschaftlichen Eingliederung der Flüchtlinge und zur Nutzung ihrer Wirtschaftskraft folgende Maßnahmen zu treffen:

1. Der Bayerische Staat übernimmt die Garantie für Investitionskredite und Aufbau von Industrien und Gewerben für Flüchtlinge bis zur Höhe von 25 Millionen *M* für das laufende Haushaltsjahr. Die Vergebung der Kredite obliegt der Staatsbank im Einvernehmen mit dem Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen und dem Wirtschaftsministerium.
2. In der Einstufung der Bauvorhaben für 1948 ist Wohnungsbauten für Flüchtlinge, kleineren Industrieanlagen und Werkstätten von Flüchtlingen der Vorrang einzuräumen und damit den Antrag der Abgeordneten *Stoß* und *Genossen* (Beilage 790) für erledigt zu erklären.

München, den 20. November 1947.

Der Präsident:
Dr. Horlacher

Beilage 875

Mündlicher Bericht des

Ausschusses für Aufgaben wirtschaftlicher Art
zum

Entwurf eines Gesetzes zur Erfassung
von Hausrat.
(Beilage 650.)

Berichterstatter: *Hirschenauser*.

Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle beschließen,

1. in § 1 Abs. 1 viertletzte Zeile nach den Worten „auf Zeit“ einzufügen: „höchstens auf die Dauer der Einweisung“;
2. in § 4 Zeile 4 nach dem Wort „politisch“ einzuschalten: „religiös“;
3. in § 5 das Wort „wertvolle“ zu streichen;
4. in § 6 folgende Bestimmung als Satz 2 einzufügen: „Im Fall, daß der Nutzungsberechtigte den Schaden nicht ersetzen kann, ist der Staat dafür haftbar“;
5. § 11 folgende Fassung zu geben:
„Dieses Gesetz tritt am in Kraft.
Es tritt am 30. Juni 1948 außer Kraft“;
6. im übrigen dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

München, den 20. November 1947.

Der Präsident:
Dr. Horlacher

Beilage 876

Antrag.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung sei zu ersuchen, Baudarlehen zum Wiederaufbau von bombenzerstörten Wohngebäuden und vornehmlich zu Wohnräumen benutzten Gebäuden aus dem Landeswohnungsfürsorgefonds auch dann zu geben, wenn die Gebäude mit ordentlicher Baugenehmigung und Materialzuteilung bereits erstellt sind, jedoch die Finanzierung nicht hinreichend gegeben ist, um das Wohngebäude zu erschwinglichen Mietpreisen erhalten zu können.

München, den 25. November 1947.

Krempf (CSU).

Beilage 877

Dringlichkeitsantrag.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, sofort geeignete Maßnahmen zu ergreifen, daß ehemalige Mitglieder der NSDAP als Rechtsvertreter in allen Spruchkammerverfahren ausgeschlossen sind, soweit sie nicht als entlastet gelten.

Begründung:

Das Verhalten der Rechtsanwälte als Vertreter von Betroffenen bei Durchführung von Spruchkammerverfahren, insbesondere solcher Anwälte, die selbst Mitglieder der NSDAP waren, ist geeignet, eine sachliche und dem Gesetz entsprechende Rechtsfindung zu stören oder zu verhindern. Das Verhalten einer großen Anzahl von Rechtsanwälten in den öffentlichen Spruchkammerverhandlungen hat zum Teil den Charakter einer Demonstration gegen die Spruchkammern und die Belastungszeugen angenommen. Es ist hierbei zu turbulenten Szenen seitens der Rechtsanwälte gekommen, wie sie sonst vor Gerichten weder üblich noch zulässig sind. Die Rechtsanwälte nutzen hierbei die Unerfahrenheit der Laienrichter in einer Weise aus, die im Interesse des Ansehens der Entnazifizierung nicht mehr verantwortet werden kann. Diesbezügliche Klagen gehen aus allen Teilen des Landes von allen Parteien ein und können fast von jeder Spruchkammer bestätigt werden. Es ist für das Ministerium auch ein leichtes, durch unbekannte Beobachter die Richtigkeit dieser Behauptung bei den öffentlichen Verhandlungen festzustellen.

München, den 25. November 1947.

Dr. Gille
und Fraktion (SPD).